

Bei Dividenden geht die Post ab – bei Löhnen nicht

Die „Christel von der Post“ würde die Welt nicht mehr verstehen: Die Hauptversammlung der Deutschen Post AG beschloss letzte Woche eine Dividendenausschüttung für das Jahr 2014 von über einer Milliarde Euro – steuerfrei (siehe Abbildung). Mit einer Ausschüttungsquote von 49,7 % und einer Dividendenrendite von 3,1 % liegt der ehemalige Staatsbetrieb über dem DAX-Durchschnitt. Bei den Dividenden geht wortwörtlich die Post ab – bei den Löhnen nicht. Auch, wenn es dem Unternehmen blendend geht.

Für die Post-Chefs gibt es offensichtlich keinen richtigen Zeitpunkt für Lohnerhöhungen: In Krisenzeiten müssen die Beschäftigten den Gürtel enger schnallen, in Boomphasen sollen Dividenden an die Shareholder fließen. Arbeitnehmer gehen am Ende leer aus. Doch für Dividenden an die Aktionäre ist jeder Zeitpunkt richtig, egal wie es mit dem Unternehmen steht.

Fakt ist: Die Gewinne und Dividenden der Aktionäre gehen zu Lasten der Beschäftigten und Verbraucher. Die Post erhöht regelmäßig die Portogebühren und versucht, durch Tariffucht die Löhne zu senken. Die Bundesregierung, die mit 21 % Aktienanteilen immer noch einen großen Anteil an dem weltweit führenden Konzern hält, kassiert gerne die Dividenden und schaut weg, was mit den Beschäftigten passiert.

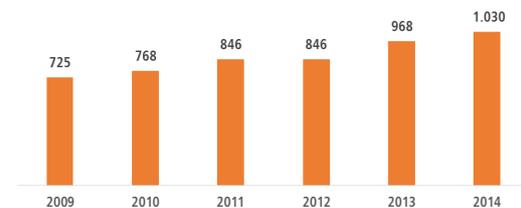
Doch damit nicht genug: Die Post AG hat entgegen eines mit ver.di geschlossenen Schutzvertrages bereits 49 Subunternehmen als regionale Zustellgesellschaften gegründet und 6.000 Mitarbeiter/-innen neu eingestellt. Allerdings werden die neuen Paketzusteller/-innen nicht nach Haustarifvertrag bezahlt, sondern mit den Löhnen

des Speditionsgewerbes abgespeist, die 20 % darunter liegen. Lohndumping greift bei der Post AG um sich.

Fakt ist auch, dass die Post AG nach wie vor Universaldienstleistungen erbringt, auf welche Wirtschaft und Gesellschaft angewiesen sind. Doch bei der Post gilt seit ihrer Privatisierung nur noch hohe Rendite statt Gemeinwohl. Und dafür hat sich der Konzern schon ordentlich ins Zeug gelegt. Von 2004 bis 2013 wurden 12 % der Stellen gestrichen und von den ehemals 29.000 Filialen wurden 16.000 geschlossen. Branchenweit steigt der Anteil der prekären Beschäftigung rapide. Seit 2004 ist die Zahl der befristeten Beschäftigten um 28 % gestiegen und der Anteil der Niedriglohnbeziehenden liegt mit 25,6 % deutlich über dem Durchschnitt. Lohndumping und unsichere Arbeitsplätze haben Tradition.

Doch die Beschäftigten wehren sich und fordern: Die Post AG soll die Tarif- und Mitbestimmungsflucht sowie die Ausgliederung in regionale Zustellgesellschaften beenden - und für alle Beschäftigten den Haustarifvertrag anwenden. Sonst muss die Post AG diesen Vertragsbruch mit Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich kompensieren. Die Post AG sollte verstehen: Effizienz ist kein Selbstzweck – und erst recht nicht mit ausgepressten Beschäftigten zu erreichen.

Dividendenausschüttungen der Post AG
-in Mio. Euro-



Quelle: Deutsche post AG